

rung in Beijing den Kauf von 1 Mio. t Weizen angeboten. Das Landwirtschaftsministerium in Washington teilte mit, der Weizenverkauf könne von amerikanischen Exporteuren zu Vorzugspreisen vorgenommen werden. Die Exporteure könnten dabei auf subventionierte Lagerbestände der Regierung zurückgreifen.

Ein Regierungsmitarbeiter erklärte, das Angebot sei ein Signal an die chinesische Regierung, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Ländern von der Politik getrennt seien. Die meisten Getreidehändler hatten eine solche Offerte nicht erwartet, da das gewaltsame Vorgehen der Armee gegen friedliche Demonstranten in Beijing Anfang Juni 1989 die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet hatte. China war der größte Käufer amerikanischen Weizens im Geschäftsjahr von Juni 1988 bis Mai 1989.

Japan vergab Anfang Dezember 1989 die erste Hilfsleistung an die Volksrepublik China auf Regierungsebene. Nach einem chinesisch-japanischen Vertrag werden der Volksrepublik China Finanzmittel in Höhe von 5 Mrd. ¥, (ca. 35 Mio. US\$) zur Verfügung gestellt. Die Finanzmittel können von Dezember 1989 bis zum 4.12.1990 abgezahlt werden.

Das japanische Geld wird dazu benutzt, um vier chinesische Projekte zu unterstützen. Die Fernsehstation von Beijing erhielt 3 Mrd. ¥ und das Volkshospital Nr.1 von Shanghai erhielt 1,6 Mrd. ¥. Zwei Projekte in der autonomen Region Ningxia, nämlich ein wissenschaftliches Erziehungszentrum für Jugendliche und eine Schule, erhalten 135 Mio. ¥ bzw. 133 Mio. ¥.

Vor der Unterzeichnung des Vertrages erklärte der stellvertretende chinesische Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, Shen Jueren, daß die chinesisch-japanische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels Schritt für Schritt wiederhergestellt werden könne. China hoffe auf ein günstiges internationales wirtschaftliches Umfeld. Shen erklärte weiter, kein Land könne sich isoliert entwickeln, es müsse mit anderen Nationen zusammenarbeiten. (SZ, 7.12.89; China Daily, 6.12.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(29)

Betriebliche Eigenverantwortung soll gestärkt werden

In der *Beijing Rundschau* erschien ein Artikel von Han Baocheng, der im Prinzip die Stärkung der betrieblichen Eigenverantwortung befürwortet. Es folgen wichtige Teile aus diesem Artikel:

Die betriebliche Eigenverantwortung ist eine wichtige Reformmaßnahme zur Stimulierung der staatseigenen Betriebe und zur Mehrung der staatlichen Gewinne. Laut staatlichen Statistiken lag zwischen 1979 und 1986 die jährliche Zuwachsrate der Gewinne der Betriebe, die vom Staat finanziert wurden, bei 2,73%, die der abgelieferten Gewinnsteuer gar nur bei 0,13%. Nach Einführung der Eigenverantwortung stieg die jährliche Zuwachsrate der Gewinne der staatlich finanzierten Betriebe zwischen 1987 und 1988 um 11,1%, die der abgelieferten Gewinnsteuer auf 11%. 90 Prozent der Betriebe, in denen die Eigenverantwortung praktiziert wird, haben das angestrebte Ziel erreicht.

Diese Tatsachen zeigen, daß die vertraglich festgelegte Eigenverantwortung den chinesischen Verhältnissen entspricht und dem Stand der gegenwärtigen Produktivität entgegenkommt. Dieses System gilt als erfolgreiches Führungsinstrument für die volkseigenen großen und mittelgroßen Betriebe ...

Das Eigenverantwortlichkeitssystem war das Wesen des sozialistischen Eigentums. Zugleich wird aber die Verwaltungsbefugnis über das Volkseigentum gemäß der Theorie der Trennung von Eigentum und Bewirtschaftung den Betrieben übertragen, um diesen ein unabdingbares Eigenleben zu gewährleisten. Die Grundlage der chinesischen Volkswirtschaft und die Stütze des Staatseinkommens sind die großen und mittelgroßen volkseigenen Betriebe. Ihre Belebung ist Schwerpunkt der ganzen Wirtschaftsreform. Das Eigenverantwortlichkeitssystem gewährleistet den Zuwachs der staatlichen Finanzeinnahmen, indem es die Betriebe

ermutigt, mehr Gewinne zu erwirtschaften. Gleichzeitig steht damit auch ihnen selbst ein größerer Gewinnanteil zu. Sie müssen auf eigene Anstrengungen bauen und ihre Entwicklungsfähigkeit selbst verbessern. Die Höhe der einbehaltenen Gewinne der Betriebe und also die Höhe der Löhne hängen von der effektiven Bewirtschaftung ab. Der größte Teil der einbehaltenen Gewinne dient als Kapitalrücklage. Der Rest wird in Form von Prämien ausgezahlt und für Wohlfahrts-einrichtungen in der Belegschaft ausgegeben. Dadurch kommt es zwischen den guten und den schlecht bewirtschafteten Betrieben zu Einkommensdifferenzen. Das Eigenverantwortlichkeitssystem spielt eine wesentliche Rolle zur Motivierung der Betriebsleitung und der Belegschaft.

Beispielsweise beliefen sich 1981 in der Provinz Jilin die finanziellen Verluste der Industriebetriebe auf 248 Mio. Yuan, d.h., 45,6% davon verbuchten Verluste. Das Finanzdefizit betrug 200 Mio. Yuan. 1982 wurde in den Betrieben der Provinz das Eigenverantwortlichkeitssystem eingeführt. Sie haben ihre Defizite in kürzester Zeit abgebaut und Gewinne erwirtschaftet. 1988 floß im Vergleich zu 1981 das 4,4fache an Gewinnsteuern in die Staatskasse; die jährliche Zuwachsrate betrug 23,8%; die abgelieferte Gewinnsteuer stieg um das zweifache. Die Finanzeinnahmen der Provinz erhöhten sich um das 2,4fache, die jährliche Zuwachsrate um 19,3%; das jährliche Belegschaftseinkommen um 11,2%. 80% der betrieblichen Investitionen stammten aus selbst erwirtschafteten Mitteln. Die Betriebe der Provinz sind nun die wichtigsten Investoren.

1989 sind 10% der übernommenen Aufträge der Betriebe abgelaufen. 1990 werden es 80% sein. Laut Beschluß der 5. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh vom letzten November wird das Eigenverantwortlichkeitssystem in den Betrieben vervollkommen werden. Diese Veränderungen werden die kommende Vertragsperiode bestimmen. Da das Eigenverantwortlichkeitssystem erst seit kurzem besteht, mangelt es allerdings an Erfahrungen. Dementsprechende Vorschriften und Gesetzesbestimmungen sind noch nicht ausgearbeitet. Auch läßt die Realisierung des Systems zu wünschen übrig. Die Planziffern einiger Betriebe sind zu niedrig angesetzt, der Anteil

der einbehaltenen Gewinne zu hoch; die politische und fachliche Qualifikation einiger Unternehmer, die Aufträge übernehmen, ist mäßig; sie denken kurzfristig und berücksichtigen kaum die Zukunft der Betriebe; in einigen Betrieben werden die Wohlfahrts- und die Prämienfonds zu schnell erhöht, was die Konsumtionsfonds übermäßig ausweitet. Die Einkommen einiger Betriebsleiter sind zu hoch. Das beeinträchtigt das Verhältnis zwischen Leitung und Belegschaft; in einigen Betrieben wird die Verwaltung innerhalb der Betriebe vernachlässigt. Für alle diese Probleme müssen annehmbare Lösungswege gefunden werden. (BRU, Nr.2, 9.1.90, S.4 f) -lou-

*(30)

Erstes staatseigenes Unternehmen in Konkurs gegangen

Am 6. Dezember 1989 erklärte das lokale Gericht von Nanchang in der Provinz Jiangxi, daß die Nanchang Motorradfabrik in Konkurs gegangen sei. Ende Juli 1989 hatte dieses Unternehmen Verluste von ca. 5,26 Mio. Yuan angehäuft. Die Schulden betrugen insgesamt 9,51 Mio. Yuan, dem standen Vermögenswerte des Unternehmens in Höhe von 4,6 Mio. Yuan entgegen. Der Bankrott dieses Unternehmens, das 631 Arbeiter beschäftigte, ist der erste Fall, in dem ein staats-eigenes Unternehmen in den letzten 40 Jahren in Konkurs gegangen ist.

Das Gericht erklärte auch eine kollektiveigene Kartonagenfabrik mit 645 Arbeitern und Angestellten für Bankrott. Dieses Unternehmen hatte Schulden in Höhe von 2,87 Mio. Yuan angehäuft, die Verluste betrugen 2,16 Mio. Yuan. Die Vermögenswerte dieser beiden Unternehmen wurden durch das Gericht versteigert.

Im Jahre 1986 war ein kollektiveigenes Unternehmen für explosions-sichere Apparate in Shenyang, Provinz Liaoning, in Konkurs gegangen.

Die Arbeiter der jetzt in Konkurs gegangenen Unternehmen werden von der Regierung Unterstützungszahlungen erhalten. (XNA, 7.12.89) -lou-

*(31)

Neue Regeln für Ausländergeld

Die staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle der Volksrepublik China hat neue Bestimmungen über die Verwendung des Ausländergeldes - Foreign Exchange Certificates - erlassen. Danach werden FEC grundsätzlich nur noch bei der Ausreise aus China und nur bis zu 50% des ursprünglich gewechselten Betrages in ausländische Währungen zurückgetauscht. Dies betrifft in erster Linie Touristen und Firmenrepräsentanten sowie Diplomaten und Journalisten. Ausgenommen sind dem Vernehmen nach Joint Ventures und gänzlich in ausländischem Eigentum befindliche Unternehmen in China.

Die Bestimmungen sehen im übrigen die Einrichtung "neuer" Devisenkonten (die es bereits gibt) und besonderer Renminbi-Konten für ausländische Organisationen und ihr Personal vor. Vorläufig bleiben die meisten Ausländer verpflichtet, ihre Zahlungen in FEC abzuwickeln. Diese neue Regeln sind bereits dem 30.10.1989 in Kraft. (NfA, 12.12.89) -lou-

*(32)

Schutz des geistigen Eigentums und von Software soll ausgebaut werden; Patentamt möglicherweise in Gefahr

Die chinesische Regierung hält offenbar unverändert an der Absicht fest, die Gesetzgebung zum Schutz geistigen Eigentums weiter auszubauen. Teilnehmern eines Symposiums der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), das unlängst in Beijing stattfand, wurde von kompetenter Seite mitgeteilt, daß der seit Jahren angekündigte Entwurf für das erste chinesische Copyright-Gesetz dem Nationalen Volkskongreß mittlerweile vorliegt und im Frühjahr 1990 verabschiedet werden soll. Parallel dazu ist geplant, spezielle gesetzliche Vorschriften zu erlassen, die illegales Kopieren und mißbräuchliche Nutzung von Computer-Software unter Strafe stellen.

Die Zurückhaltung vor allem japanischer und amerikanischer Gesellschaften, mit China ohne angemessenen

Rechtsschutz auf diesem Feld zusammenzuarbeiten, läßt sich am großen Rückstand der chinesischen Software-Branche im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen ablesen. Eine neuerlich zustandegekommene Kooperationsvereinbarung zwischen Ashton-Tate (USA) und dem Computer Systems Engineering Research Institute beim Ministerium für Maschinenbau und Elektronik in Beijing deutet jedoch darauf hin, daß die chinesischen Absichtserklärungen nun ernster genommen werden. In einem ersten gemeinsamen Übersetzungsprojekt sollen beide Partner eine chinesische Version der Software "dBase IV" und "Framework II" auf den Markt bringen. Angeblich hat das Ministerium die Einhaltung des Copyrights zugesichert.

Immerhin war China das erste sozialistische Land, das aus seinem technologischen und wirtschaftlichen Rückstand im Rahmen des ersten Reformelans rechtspolitische Konsequenzen zog. Nach langjährigen Vorarbeiten wurden 1985 das - an das deutsche Muster angelehnte - Patentgesetz erlassen, dem später ein weiteres zum Schutze von Warenzeichen folgte.

Die chinesischen Leistungen beim Aufbau eines modernen Patentwesens einschließlich der dazugehörigen Rechtsgarantien für individuelle Erfinder, ihre Leistungen eigenständig zu vermarkten und materiellen Nutzen daraus zu ziehen, haben bei der erwähnten WIPO-Konferenz in Beijing große Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden. Hinsichtlich des Entwicklungsstandes steht China damit in der Region an 2.Stelle nach Japan. Das Zentrum ist die in einem unlängst fertiggestellten Bürohochhaus untergebrachte zentrale Patentbehörde mit 1.300 Beschäftigten, deren Radius sich über die regionalen Patentverwaltungsämter inzwischen über alle 30 Provinzen erstreckt. Außerdem gibt es 4.900 zugelassene Patentanwälte, die in der Mehrzahl kollektiv, zum Teil aber auch privat organisiert sind.

Die Zahl der Patentanmeldungen - rd. 119.000 seit April 1985 - zeigt, in welchem Umfang der neu eingeführte Rechts- und gewerbliche Verwertungsschutz Talente freisetzt und den Erfinderehrgeiz angespornt haben. Von den

erteilten Patenten entfallen 31.300 auf chinesische und 2.600 (bei 24.000 Anmeldungen) auf ausländische Antragsteller. Der vergleichsweise noch geringe ausländische Anteil wird mit dem langwierigen Prüfungsverfahren erklärt, das im Fall von Erfindungspatenten auch in China rd. drei Jahre dauert.

Aus der Menge von nun durchschnittlich 30.000 Patentanmeldungen im Jahr zog die *Volkszeitung* den übertrieben euphorischen Schluß, daß sich China damit bereits unter die "technisch innovativsten Länder der Welt" eingereiht habe. Wie der Vizepräsident des Patentamts, Shen Yaozeng, auf Befragen einschränkte, handelt es sich bei der Gesamtzahl der Anmeldungen vorläufig nur zu 21% um höherwertige Erfindungen, die als echte Patente eingetragen werden. Die große Masse sind sog. Gebrauchsmuster, also technische Verbesserungen an Gegenständen und Geräten des alltäglich und vornehmlich handwerklichen Bedarfs.

Was die chinesische Entwicklung außerdem von den kapitalistischen Industrieländern unterscheidet, ist der mit rd. 30% noch geringe Anteil von Erfindungen, die aus der Industrie kommen. Dabei handelt es sich offensichtlich um ein typisch sozialistisches Handicap. Der materielle Gewinn, den Arbeitnehmererfinder anders als ihre freiberuflichen Konkurrenten von den staatlichen Betrieben in Form von Prämien und Erlösanteilen erhalten, ist, wie Vizepräsident Shen kritisch anmerkte, noch viel zu niedrig angesetzt und sollte durch ergänzende Bestimmungen zum Gesetz ausgeweitet werden.

Unter den Mitarbeitern des chinesischen Patentamtes hat sich inzwischen herumgesprochen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklungshilfe für China gerade einer kritischen Prüfung unterzieht und erwägt, auch an dieses Projekt, das eigentlich bis 1991 gefördert werden sollte, den Rotstift anzusetzen.

Die moderne Ausrüstung des Beijinger Patentamtes ist beeindruckend: von der aus der Bundesrepublik gelieferten EDV-Anlage bis zu der hauseigenen Druckerei mit einem elektronischen Satzsystem für chinesische Schriftzeichen. Noch mehr fällt die akribische Sorgfalt auf, mit der die Behörde, in

der mehr als 100 von 1.300 Mitarbeitern, bis in die Chefetage, Deutsch sprechen, am Deutschen Patentamt in München Maß genommen hat. Anleihen sind bis in Einzelheiten von Arbeitsabläufen und Formulargestaltung in ein eigenes leistungsfähiges System umgesetzt worden.

Mit der Überprüfung des finanziellen und technischen Hilfeprogramms für die Volksrepublik China folgt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn einer Entscheidung des Bundestages, der nach dem Juni-Massaker empfohlen hatte, bei der Entwicklungshilfe vorzugsweise Projekte zu fördern, die - wie es heißt - unmittelbar der Bevölkerung zugute kommen. Eine Formel, die politisch vielleicht plausibel klingt, die aber für die Entscheidungsfindung ein zweifelhafter Maßstab ist. Das nationale Interesse, China technologisch und wirtschaftlich stark zu machen, hat bei der Einführung des Patentwesens bisher die ausschlaggebende Rolle gespielt; aber eben auf einem neuen Weg, bei dem der Einzelne Besitz- und Verwendungsrechte an seinen schöpferischen Leistungen nicht nur genießt, sondern sie - wie in einer ganzen Reihe von Fällen schon durchexerziert - auch einklagen kann.

Die Software-Branche konnte sich in der Volksrepublik bisher nur langsam entwickeln, zudem wird ihre Bedeutung für die Entwicklung der Computerindustrie des Landes von den staatlichen Planbehörden noch immer unterbewertet. Dennoch sehen amerikanische Fachleute in dem Reservoir chinesischer Programmierer und Software-Ingenieure gute Möglichkeiten für westliche Firmen, die Kosten der Softwareerstellung ohne Qualitätseinbußen zu reduzieren.

Die Zusammenarbeit mit dem Ausland soll die Branche in die Lage versetzen, Entwicklungsrückstände aufzuholen und über den Export von Software Devisen zu verdienen. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt dürfte von China zunächst primär über den Preis bestritten werden. Indizien hierfür sind der generell hohe Aufwand von menschlicher Arbeitskraft bei der Softwareentwicklung sowie das niedrige chinesische Lohnniveau. Fachleute schätzen, daß die Lohnkosten im chinesischen Softwarebereich nur ca. 1% der in den USA anfallenden Gelder ausmachen.

Für das letzte Jahr des 8. Fünfjahresplanes (1991-1995) hat China dem Vernehmen nach rd. 50 Mio. US\$ an Erlösen aus der Ausfuhr von Software eingeplant. Der Erzeugungswert der dann 100 Spezialfirmen könne, so die China Software Technical Corporation, ca. 1 Mrd. Yuan betragen. Das Exportziel erscheint mit Blick auf das Ergebnis von 1988 (ca. 10 Mio. US\$, inklusive Softwareverkauf, Projektkosten, sonstige Leistungen) jedoch hoch gesteckt.

Der fehlende Schutz geistigen Eigentums hemmt die Branchenentwicklung und wird auch im innerchinesischen Geschäft zum heißen Thema. Softwarefirmen wehren sich dagegen, durch die Verbreitung von Raubkopien um die materiellen Früchte ihrer Arbeit gebracht zu werden. Die für Computer zuständige Abteilung im Ministerium forderte die Fachzeitschriften auf, entsprechende Anzeigenaufträge abzulehnen. Hardwareproduzenten sehen kaum einen Anreiz, selbst Programme zu schreiben.

Das Verhalten der Hardwarekäufer ist einer raschen Ausweitung des Angebots ebenfalls nicht sehr förderlich. Beim Erwerb eines Computers hat die Frage der Problemlösung und damit der u.U. maßzuschneidenden Software einen noch viel zu geringen Stellenwert. Dies hat zu einer sehr niedrigen Computer-Nutzungsrate von nur 20-30% beigetragen. China verfügt gegenwärtig über etwa 360.000 Mikro- und 5.320 Minicomputer sowie über 2.320 mittelgroße Systeme und 530 Mainframe-Computer. Der Softwareumsatz hat am Gesamtcomputergeschäft einen Anteil von ca. 20%. Künftig wird die Volksrepublik mehr Wert auf Software für computergestütztes Entwerfen (CAD) und Fertigen (CAM) legen. Die China State Shipbuilding Corporation habe, so eine amerikanische Fachstudie, ein offenes CAD-System zur Anwendungsreife gebracht. Falls solche Programme trotz Ähnlichkeiten zu in Hongkong erhältlicher Ware von Grund auf eigenerstellt worden seien, läge das Land, so der Report, nur um ca. fünf Jahre hinter den USA zurück.

Eine sinnvolle Nutzung derartiger Software verlange leistungsfähige Hardware. Dazu gehören z.B. hochauflösende Farbmonitore, mathematische Koprozessoren, schnelle Festplatten-

speicher und ggf. Plotter. Die Mehrheit der chinesischen Produkte kann diese Technik noch nicht bieten; dies erhöhe die Absatzchancen für ausländische "Work Stations". Zur Überwindung der Anpassungsdifferenzen solle die Forschung in intelligente Expertensysteme intensiviert werden.

Regelgestützte Expertensysteme mit geringeren Anforderungen an die Hardware seien populär. Auch hier habe sehr viel Wissen seinen Ursprung im Westen. Die Software findet breite Anwendung auf dem Gebiet der Medizin, z.B. bei der Diagnose auf der Basis traditioneller chinesischer Behandlungsmethoden. Die chinesischen Fähigkeiten lägen etwa zwei Jahre hinter denen der USA zurück, so heißt es. Die Studie sieht Probleme, die Urteilsfähigkeit solcher Programme beträchtlich auszudehnen und erwartet daher eine Abkehr von regelgestützten Systemen.

Interesse bestehe an Software, die Befehlen in natürlicher Sprache gehorcht, und an Übersetzungssystemen. Das KY-1-Programm für die Übertragung vom Englischen ins Chinesische, an der Akademie für Militärwissenschaften entwickelt, besitze ein Glossar von mehr als 60.000 Wörtern bzw. Wortverbindungen und 5.500 Syntaxregeln. Die Übersetzungsgeschwindigkeit betrage 1.000-3.000 Wortverbindungen pro Stunde mit einer Fehlerausschlußrate von 75%. Das Design liege 5-8 Jahre vom amerikanischen Standard entfernt. Die chinesischen Arbeiten auf dem Gebiet der fehlertoleranten Systeme brauchen nach der Studie keinen Vergleich mit dem amerikanischen Niveau zu scheuen. Die Umsetzung in die Praxis sei jedoch um 8 bis 15 Jahre hinterher. Ob China Betriebssysteme von Grund auf selbst erstellen könne, sei nicht klar, der Rückstand zu den USA wird auf rd. 20 Jahre beziffert. Der Entwicklungsanreiz sei u.a. deswegen gering, weil alle für Importe infragekommenden Betriebssysteme konvertiert vorlägen. (NZZ, 22.12.89; SZ, 16./17.12.89; NFA, 19.12.89) -lou-

*(33)

Zahlen über Arbeitslosigkeit

In der Provinz Zhejiang sind infolge eines 15 Monate lange andauernden Sparprogramms, in dessen Rahmen viele ländliche Betriebe geschlossen

worden sind, ca. 1,3 Millionen Menschen arbeitslos geworden. Sie seien gezwungen, auf ihre Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zurückzukehren.

Vor diesem Sparprogramm beschäftigten die ländlichen Unternehmen in Zhejiang 5,4 Millionen Menschen oder 27% der gesamten Arbeitskräfte der Provinz.

Wenn man vergrößernd - auf der Basis dieser Zahlen - eine Hochrechnung auf das ganze Land vornimmt, so würde sich die Arbeitslosenzahl für den Bereich der ländlichen Unternehmen auf zwischen 35 und 40 Millionen Menschen belaufen.

Dazu kämen die Arbeitslosen im städtischen Bereich. Gegen Ende Oktober 1989 soll, einer Meldung der *China Daily* zufolge, die Zahl der Arbeiter in den staats- und kollektiveigenen Unternehmen 135 Millionen betragen haben. Das seien 171.000 weniger gewesen als im September oder 400.000 weniger als gegen Ende des Jahres 1988.

Gegen Ende Oktober 1989 betrug die Zahl der von staatlichen Unternehmen Beschäftigten 99,82 Millionen, das waren 140.000 weniger als im Vormonat.

Ende Oktober 1989 wurden 34,73 Millionen Arbeiter von Kollektivunternehmen beschäftigt, das waren 40.000 weniger als im Vormonat oder 540.000 weniger als Ende des Jahres 1988.

Die Zahl der Arbeitslosen sei auf 3,39 Millionen Ende September 1989 gestiegen, das seien 222.000 mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die meisten dieser Arbeitslosen seien junge Leute gewesen.

Die Arbeitslosenrate stieg von 2% Ende 1988 auf 2,3% im Dezember 1989. (AWSJ, 20.12.89; China Daily, 2.12.89) -lou-

*(34)

50 Millionen ländliche Wanderarbeiter

Die Zahl der auf Wanderschaft befindlichen Bevölkerung beträgt im ganzen Lande bereits 50 Millionen; die Tendenz ist steigend. In den 23 Städten mit einer Bevölkerung von mehr als einer Million Menschen beträgt die Zahl der wandernden Bevölkerung schätzungs-

weise 10 Millionen. Die Bevölkerung in den Städten und ländlichen Kleinstädten ist von 57 Millionen im Jahre 1949 auf nun 300 Millionen gewachsen. Diese Zahlen zeigen, daß Wanderungsbewegungen und Urbanisation zu wichtigen Fragen in der Modernisierung des Landes geworden sind. Die Zahlen wurden von Experten aus der Volksrepublik China und aus dem Ausland geliefert, die an einer internationalen Konferenz über interne Migration und Urbanisation in China teilnahmen. Diese Konferenz wurde am 6.12.1989 eröffnet.

Die Experten sahen die Migration in großem Umfange als Zeichen für den sozialen Fortschritt an und als einen unausweichlichen Trend von Reform, Öffnungspolitik sowie wirtschaftlicher Entwicklung. Nach einer von der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften durchgeführten nationalen Umfrage trägt die Migration dazu bei, die ländlich-städtische Struktur und die industrielle Verteilung anzupassen. Durch die Migration werden Arbeiter und ausgebildetes wissenschaftliches Personal für die Städte bereitgestellt; die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in den Regionen der nationalen Minderheiten werden gefördert.

Die Experten wiesen darauf hin, daß die Politiker positive Maßnahmen durchführen sollten, um die Migration und den Fluß der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte zu steuern. Die Experten schlugen folgendes vor: Die Investitionen auf dem Ackerland zu verstärken und mehr Ödland zu kultivieren; die Entwicklung der Kleinstädte und den Bau von Straßen in bergigen Gegenden anzulegen, um einen umfassenderen Dienstleistungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen; Unternehmen in mittelgroßen und kleinen Städten zu konsolidieren und richtig zu entwickeln, um die Migration in Richtung auf die großen Städte einzuschränken; die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu reduzieren.

Es solle eine Politik verfolgt werden, die die Entwicklung von großen Städten, die Entwicklung von mittelgroßen Städten und die Förderung von Kleinstädten vorsieht. Das Land solle sich die verschiedenen Funktionen und Potentiale zu Nutze machen, um mehr ländliche Arbeitskräfte absorbieren zu können. (XNA, 6.12.89, zit. nach SWB, 9.12.89) -lou-

***(35)
Getreideernte erreicht Rekord von 1984**

Die Getreideernte der Volksrepublik China erreichte im Jahre 1989 407,5 Mio.t. Das war ungefähr so viel wie im Rekordjahr 1984. Die Weizen- und Reisernte belief sich auf 270 Mio.t, das waren 18 Mio.t mehr als im Jahre 1988.

Chinesische Experten wurden dahingehend zitiert, daß man nun nicht unrealistisch optimistisch sein sollte, da das Land sich immer noch in einer sehr ernsthaften Situation hinsichtlich der Getreideproduktion befindet; es gebe weiterhin ungünstige Faktoren.

Dreizehn Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und autonome Regionen hätten hinsichtlich der Getreideproduktion in diesem Jahr ihre Rekordmarken erreicht oder übertroffen. Die regierungsunmittelbare Stadt Beijing sowie die autonome Region Xinjiang erzielten die größte Ernte in den letzten zwölf Jahren. Die Getreideproduktion der Provinz Gansu im Nordwesten ist seit 1983 stetig angestiegen. Die Getreideproduktion der Provinz Henan stieg in diesem Jahre um 5,7 Mio.t im Vergleich zum Vorjahr und war um 6,8% höher als im Rekordjahr 1984.

Offizielle Stellen erklärten die sehr gute Ernte mit den Auswirkungen der ländlichen Politik der Regierungen, größeren Leistungen sowohl der Bauern als auch der lokalen Regierungen, mit der Anwendung von fortgeschrittener Agrotechnologie aber auch mit den hervorragenden Wetterbedingungen und dem Ausbleiben von Naturkatastrophen. (SWB, 3.1.90; XNA, 7.12.89) -lou-

***(36)
Zehn Jahre Kleinstadtunternehmen in Zahlen**

Gegen Ende 1988 hatten die Kleinstadtunternehmen im ganzen Lande ca. 95,45 Millionen ländliche Arbeiter beschäftigt, das waren 23,8% der gesamten ländlichen Arbeitskräfte. Die Unternehmen produzierten 650 Mrd. Yuan Bruttoproduktionswert, das waren 24% des ganzen Landes und 58% des ländlichen Bruttosozialproduktes. Der industrielle Bruttoproduktionswert erreichte 450 Mrd. Yuan, 28%

der Zahl für das gesamte Land. Im Jahre 1988 betragen die Löhne in den Kleinstadtunternehmen 96,3 Mrd. Yuan, was etwa der gesamten nationalen Verteilungsquote für Bauern im Jahre 1981 entsprach.

Während der letzten zehn Jahre haben die Kleinstadtunternehmen 79,9 Mrd. Yuan für verschiedene Projekte in den ländlichen Gegenden ausgegeben und mehr als 114 Mrd. Yuan als Steuern an den Staat überwiesen. Die Kleinstadtunternehmen haben ein Anlagevermögen in Höhe von 200 Mrd. Yuan. Sie haben mehr als 40.000 Unternehmensgruppen im ganzen Lande errichtet. Die Zahl der Unternehmen mit einem jährlichen Bruttoproduktionswert von 5 Mio. Yuan hat sich auf 8.660 erhöht. Die Zahl der Kreise und Städte mit einem jährlichen Bruttoproduktionswert von mehr als 100 Mio. Yuan beträgt 1.321.

Im Jahre 1988 betrug die Rohkohleproduktion der Kleinstadtunternehmen 320 Mio.t, das waren 34,1% der gesamten nationalen Produktion. Die Elektrizitätsproduktion erreichte 11,29 Mrd.kWh, das waren 10,6% der nationalen Produktion. Die Zementproduktion erreichte 56,79 Mio.t, das waren 27,9% der nationalen Produktion. Die Seidenproduktion erreichte 21.100 t, das waren 43,9% der gesamten Produktion.

Es gibt nun ca. 10.000 exportorientierte Kleinstadtunternehmen. Unter den Exportprodukten sind Chemikalien, Maschinen, mineralische Produkte, Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung. Im Jahre 1988 nahmen diese Unternehmen 6,5 Mrd.US\$ in Devisen ein, das waren ein Fünftel der nationalen Deviseneinnahmen. Unternehmen, die gemeinsam mit ausländischen Geschäftsleuten betrieben werden, belaufen sich auf 4.700. Von Januar bis September 1989 stiegen die Umsätze der Kleinstadtunternehmen um 30%, ihre Gewinne erhöhten sich um 20,5% im Vergleich zur Vorjahresperiode. (XNA, 16.12.89, zit. nach SWB, 3.1.90) -lou-

Taiwan

***(37)
Unterzeichnung einer inoffiziellen chinesisch-chinesischen Vereinbarung über Handelskoordination in Hongkong**

Wirtschaftsdelegationen von Taiwan und dem chinesischen Festland haben am 16. Dezember eine Vereinbarung über die Koordination im bilateralen Handel in Hongkong unterzeichnet. Es ist das erste Abkommen zwischen beiden chinesischen Seiten seit der Trennung vor 40 Jahren, wenn es auch keinen offiziellen Charakter hat. Die Delegation aus Taiwan wurde von Zhang Pingzhao, Vorsitzender der Handelskammer von Taiwan und Mitglied des Gesetzgebungs Yuan (Parlament), geleitet. Leiter der Delegation aus dem chinesischen Festland war Zheng Hongye, Präsident des Chinesischen Komitees zur Förderung des internationalen Handels und ehemaliger Handelsminister von Beijing.

Da Taiwan bislang jeglichen offiziellen Kontakt mit den chinesischen Kommunisten abgelehnt hat, gibt es zur Zeit abgesehen von Schmuggelgeschäften nur indirekten chinesisch-chinesischen Handel über Drittländer, hauptsächlich via Hongkong. Um die zunehmenden Strittigkeiten in dem seit einigen Jahren sich schnell entwickelnden indirekten Handel beizulegen, wurde erstmals in Hongkong von Hongkonger Geschäftsleuten ein "Komitee zur Koordination und Förderung des Handels zwischen Hongkong und Taiwan" gegründet. Auf Initiative dieser Organisation wurden daraufhin in Hongkong ein "Komitee für die Koordination von Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße" seitens des chinesischen Festlands und ein "Komitee zur Koordination von Handelsangelegenheiten zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße" seitens Taiwans eingerichtet. Ihre erste gemeinsame Sitzung hielten sie am 15./16. Dezember ab. Das Komitee Taiwans mit Zhang Pingzhao als Vorsitzendem hat